

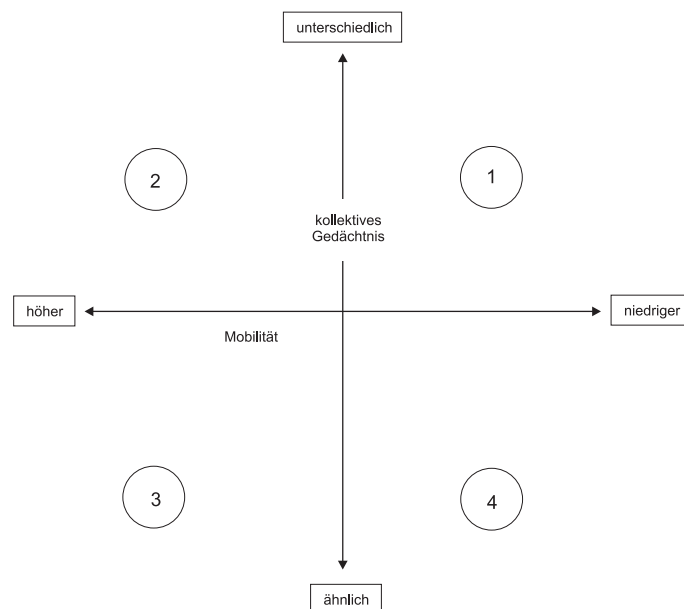
ZUKUNFTSBILDER EINER NACHBARSCHAFT

Szenarien zu den deutsch-polnischen Beziehungen im Jahr 2020

Elisabeth Borsdorf, Conrad Donau, Christian Heise, Adam Kirpsza, Maciej Kocurek, Christine Ludwig, Piotr Majewski, Tomasz Nowak, Marzena Pawlica, Agnieszka Rządca, Marta Skura, Lydia-Maria Quart, Dorota Zawada

Vorbemerkung der Herausgeber: Die hier präsentierten Szenarien verfassten Studenten aus Deutschland und Polen im Rahmen eines 2006 in Krakau durchgeführten Szenarioworkshops zu den deutsch-polnischen Beziehungen. Sie illustrieren die unterschiedlichen Auswirkungen der in ihren Augen für die deutsch-polnischen Beziehungen ausschlaggebenden Einflussfaktoren „kollektives Gedächtnis“ und „Mobilität“ (Abbildung 1).

Abbildung 1: „Zukunftskompass“ der Szenarien zu den deutsch-polnischen Beziehungen



Szenario 1: Home, sweet home

Die bilateralen Beziehungen im Jahr 2020: Alle wesentlichen Arbeiten werden per Internet vorgenommen. In den Städten sind kaum Menschen zu sehen; die physische Mobilität ist gering. Die Volkswirtschaften Polens und Deutschlands befinden sich in einer Stagnationsphase, die Arbeitslosigkeit ist hoch und die Zusammenarbeit in der EU beschränkt sich auf ein Minimum. Innerhalb beider Länder existiert dafür ein stärkeres gesellschaftspolitisches Verantwortungsgefühl.

Der Entwicklungsverlauf: Die EU-Verfassungskrise kann nicht überwunden werden. Diese Tendenz setzt sich im Laufe der folgenden Jahre fort. In Deutschland wird die Dubist-Deutschland-Kampagne von politischer Seite forciert und zeigt große Erfolge. Gerade die jüngere Generation, die sich in immer größerer Distanz zu den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges befindet, fordert und vertritt ein gestärktes, positives Nationalbewusstsein. In Verbindung damit kommt es auch zu einer Besinnung auf deutsche Werte und Traditionen, beispielsweise wächst das Interesse an spezifisch deutscher Kunst, Literatur und Musik, was ein Aufleben der nationalen Kultur zur Folge hat.

Eine ähnliche Tendenz zeigt sich in Polen. Hier spricht sich die streng konservative Regierung für eine Wahrung des polnischen Erbes und der nationalen Geschichtsinterpretation aus. Damit trifft sie das Interesse einer großen Wählerschaft und patriotischer Gruppierungen und hält sich über mehrere Legislaturperioden hinweg im Amt.

Diese starke Hinwendung zu nationalen Werten und Geschichtsbildern führt dazu, dass die beiden Länder kaum Interesse an der Betonung von Gemeinsamkeiten zeigen. Fördermittel für binationale Initiativen werden schrittweise gestrichen. So nimmt der Kontakt und Austausch zwischen kulturellen Organisationen, Schulen und Universitäten ab. Die wirtschaftliche Regression trägt zu dieser Entwicklung bei. Die Ölpreise steigen aufgrund zunehmender Ressourcenknappheit merklich an. Exporte aus Deutschland sind daher mit höheren Transportkosten verbunden und gehen zurück. Die Wirtschaftskrise in Deutschland verschärft sich und die deutsche Regierung verkürzt die Übergangsfristen für die Öffnung des Arbeitsmarktes bis 2011 nicht. Polen hält im Gegenzug die Fristen für den Landerwerb ebenfalls maximal lange aufrecht.

Deutsche Direktinvestitionen in Polen gehen zurück – zum einen infolge schlechter Erfahrungen mit den instabilen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, zum anderen, weil es für sie aufgrund des Einheitssteuersatzes in der Slowakei günstigere Investitionsmöglichkeiten gibt. Diese Tendenz verschärft sich durch die der EU 2007 beigetretenen Länder Bulgarien und Rumänien.

Durch die steigenden Ölpreise gehen auch die Reisekosten für Tourismus und Arbeitsmigration enorm in die Höhe. Tourismus findet hauptsächlich innerhalb des eigenen Landes statt, Schüleraustauschprogramme und ähnliche Projekte werden zunehmend schwerer finanzierbar. Für Arbeitskräfte lohnt sich ein Pendeln zwischen Deutschland und Polen kaum. Im Zusammenhang damit und weil sich deutsche Arbeitskräfte wegen der prekären Arbeitsmarktsituation und der schrumpfenden Sozialsysteme zunehmend gezwungen sehen, selbst niedrig bezahlte Arbeiten anzunehmen, nimmt die Beschäftigung von polnischen Saisonarbeitern sukzessive ab.

Die wirtschaftliche Flaute sowie die Konzentration auf die Bewältigung der jeweiligen innenpolitischen Probleme führen dazu, dass die Mitgliedstaaten der EU nicht mehr bereit sind, weitere Kompetenzen abzugeben und die europäische Integration fortzusetzen. Die GASP verharrt auf einem minimalen Kooperationsniveau. Die EU krankt an geringer Effektivität, weil unter den vielen Mitgliedern Kompromisse nur schwer zu finden sind und die Entscheidungsmechanismen der EU nicht rechtzeitig reformiert wurden.

Das Internet gerät zu einem kaum wegzudenkenden Medium, das die rasche und sichere Erledigung von Einkäufen oder Formalitäten ermöglicht. Die wohl wichtigste Auswirkung dieser „Onlinisierung“ stellt die Abnahme der Dichte des öffentlichen Verkehrsnetzes dar, da immer weniger Menschen auf ihre Nutzung angewiesen sind. Einerseits bieten die ausgebauten Online-Dienste besseren Service und Komfort, andererseits fühlen sich die Menschen von der durch das Internet und die Massenmedien vermittelten Informationsflut überfordert. Zudem verunsichert sie die wirtschaftlich angespannte Lage und das Fehlen von sicheren Perspektiven. Sie befinden sich auf der Suche nach Sinn und Halt und finden Zuflucht in einer verstärkten Zuwendung zu Religiosität und Spiritualität.

Dieses Phänomen steht in Wechselwirkung mit dem erstarkenden Patriotismus in beiden Ländern, der auch zur Folge hat, dass sich die Menschen verstärkt für das Geschick ihres Landes verantwortlich fühlen und sich am gesellschaftlichen und politischen Leben stärker beteiligen. Weil dabei ein pluralistisches Gesellschaftsbild anerkannt wird, sind es keine vorrangig nationalistischen Bewegungen, die entstehen. Stattdessen versuchen verschiedene engagierte Gruppen, die bereits im Land lebenden Immigranten sowie benachteiligte Schichten einzubeziehen und sie an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben zu lassen. Sowohl Deutschland als auch Polen machen dabei die Erfahrung, dass die den spezifischen innenpolitischen Problemen angepassten nationalen Strategien Erfolge zeigen und die Notwendigkeit von internationaler Kooperation in den Hintergrund drängen.

Szenario 2: Unbekannte Reisende

Die bilateralen Beziehungen im Jahr 2020: Das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland ist angespannt. Zwar steigt die Arbeitsmigration von Polen nach Deutschland. Deutsche Unternehmer reisen aber eher nach Russland, um ihre zahlreichen Geschäftskontakte zu pflegen. Die Infrastruktur ist hervorragend entwickelt, neu gebaute Autobahnen von Ost nach West und eine Schnellzugstrecke von Berlin nach Moskau über Warschau ermöglichen einen intensiven Verkehr. Dennoch kennen sich die Menschen nur oberflächlich und setzen sich kaum mit dem jeweils anderen Land auseinander. Sie sind „unbekannte Reisende“.

Der Entwicklungsverlauf: Nachdem Polen in den Schengener Raum aufgenommen wurde, entfallen die Grenzkontrollen und das lange Warten an den Übergängen. Es wird einfacher, von einem Land in das andere zu reisen, so dass sich die Mobilität erhöht.

Das gegenseitige Interesse wird von der Politik aufgegriffen, indem die Kultusminister Deutschlands und Polens das Projekt eines gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichtsbuchs wieder aufgreifen. Darin sollen die unterschiedlichen Perspektiven,

die die beiden Länder bei der Interpretation historischer Ereignissen haben, zusammengeführt werden. Bei den Diskussionen in diesem Gremium kann aber keine Einigung erreicht werden, weil beide Seiten auf ihrer Position beharren, v.a. in Bezug auf die Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg, den Warschauer Aufstand und die Schlacht von Tannenberg. Die Krise in der Bildungspolitik wird von den Medien aufgegriffen und inszeniert. Die Negativ-Schlagzeilen trüben die Nachbarschaft. Deutsche und Polen fühlen sich ihrer Interpretation der Geschichte noch stärker verbunden. Das gegenseitige Misstrauen untereinander wächst.

In diese Entwicklung fällt der Baubeginn der deutsch-russischen Gaspipeline. Schlagworte aus der Debatte von 2005 werden erneut aufgenommen, populistische Politiker ziehen in Polen ähnliche Vergleiche, wie der damalige Verteidigungsminister Sikorski eine Parallele zwischen dem deutsch-russischen Projekt und dem Hitler-Stalin-Pakt sah, und führen insgesamt eine stark nationalistische Propaganda. Anstatt auf die Befürchtungen der Nachbarn einzugehen, reagieren die deutschen Politiker mit selbstbewusster Ignoranz: Sie empören sich über die Einmischung der polnischen Politiker in ihre „inneren“ Angelegenheiten. Polen und Deutschland stehen sich mit ihren nationalen Positionen unversöhnlich gegenüber. Die Konfrontation überträgt sich auch auf andere Politikbereiche. Die Kooperation beider Länder reduziert sich nach und nach auf die notwendigste politische Zusammenarbeit innerhalb erlahmender EU-Strukturen.

Deutschland misst dem anderen östlichen Partner Russland nun mehr Bedeutung zu. Die begonnene wirtschaftliche Kooperation bei der Gaspipeline wird auf andere Projekte ausgeweitet. Deutsche Wirtschaftsunternehmen gründen vermehrt Filialen in Russland; Geschäftsleute und Experten pendeln häufig zwischen beiden Ländern. Die russische Regierung unterstützt diesen Trend, weil sie darin ein Potenzial für eine wirtschaftliche Entwicklung sieht. Deutschland hingegen benötigt die Zusammenarbeit mit Russland, um die Energiesicherheit für das eigene Land zu gewährleisten. Eine werteorientierte Außenpolitik, die nach der Kohl-Regierung vorübergehend angestrebt wurde, gehört bereits zum verstaubten Vokabular einzelner Idealisten. So werden die Verkehrswege zu Land zwischen Russland und Deutschland stark verbessert. Bahn fahren wird auf dieser Strecke günstig. Polen fungiert dabei hauptsächlich als Transitland. Vor allem sind es Straßen und Zugstrecken, die ausgebaut werden, weil der Flugverkehr aufgrund der erhöhten Treibstoffpreise und der von der EU eingeführten Kerosinsteuer stark rückläufig ist. Autos hingegen werden mit alternativen Treibstoffen betrieben und stellen so eine akzeptable Alternative dar.

Im Jahr 2011 laufen die Übergangsfristen auf dem deutschen Arbeitsmarkt ab und polnische Arbeitskräfte strömen nach Deutschland. Die deutsche Wirtschaft floriert wegen der guten Beziehungen zu Russland. Deutsche Arbeitskräfte sind daher weniger bereit, im Niedriglohnsektor Stellen anzunehmen. Hier eröffnet sich eine Chance für polnische Arbeitskräfte, die aufgrund von hoher Arbeitslosigkeit in Polen kaum Perspektiven sehen. Sie nutzen die verbesserten Ost-West-Verkehrsverbindungen, können aber, da ein schnelles Reisen zwischen Deutschland und Polen möglich ist, ihre Familien in Polen zurücklassen und häufig nach Hause reisen. Durch das tägliche Pendeln wird eine Integration in Deutschland aber kaum möglich.

Populisten und Politiker in Polen nutzen diese Situation aus, um national-orientiertes Denken zu fördern – mit Erfolg: Sie treffen genau die Ängste der polnischen Bevölkerung,

erneut zwischen zwei starken Mächten eingeklemmt zu sein. Im Wahlkampf 2013 nützt dies den nationalkonservativen Parteien; sie gewinnen die polnischen Parlamentswahlen mit knapper Mehrheit. Trotz ihrer negativen Einstellung gegenüber Deutschland pendeln viele niedrig qualifizierte polnische Arbeitnehmer nach Deutschland, weil dies das nächstliegende und am schnellsten zu erreichende Land ist. Hoch und höchst ausgebildete Polen suchen in anderen EU-Ländern entsprechende Arbeitsstellen und integrieren sich dort.

Wirtschaftlich geht es Deutschland gut und auch die Polen profitieren vom steigenden Wohlstand in Deutschland, weil sie dort gut bezahlte Arbeit finden. Es ist zwar kein freundschaftliches, aber ein gewaltloses Nebeneinanderleben.

Szenario 3: Annäherung durch globale Polarisierung

Die bilateralen Beziehungen im Jahr 2020: Die Integration der EU ist, bedingt durch eine weit reichende Intensivierung des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Austausches sowie privater Begegnungen, weit vorangeschritten. Eine gemeinsame Biocharta, in der ethische und medizinische Werte festgehalten sind, ist eine Errungenschaft der deutsch-polnischen Kooperation. Doch dies wird überschattet durch immer tiefere religiös-ideologische Gräben auf globaler Ebene.

Der Entwicklungsverlauf: Noch 2006 ist die Nachbarschaft beider Länder unter anderen durch den Irak-Krieg, Diskussionen um das „Zentrum gegen Vertreibung“ und die deutsch-russische Gaspipeline angespannt. Polen fühlt sich an den Vertrag von Rapallo erinnert, während die Deutschen darin eine rein wirtschaftliche Investition ohne politische Bedeutung sehen wollen. Während diese Themen in der deutschen Öffentlichkeit nur eine marginale Rolle spielen, werden sie in den polnischen Medien extensiv debattiert. Wenige können sich zu diesem Zeitpunkt vorstellen, dass die Diskrepanzen im gemeinsamen Geschichtsbewusstsein einmal zu überbrücken wären.

Infolge des Abbaus der Übergangsfristen für die polnischen Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt im Jahr 2011 beginnt die Mobilität zwischen den Ländern schrittweise zu steigen. Aufgrund der geographischen Nähe scheint es vielen Polen vorteilhafter zu sein, im Nachbarland zu arbeiten, um regelmäßiger nach Hause fahren zu können. Diese primär wirtschaftlich bedingte Entwicklung bewirkt einen erhöhten kulturellen Austausch zwischen Deutschen und Polen. Schließlich werden die Deutschen auch neugierig auf das Herkunftsland der neuen Bekannten. Bei immer häufigeren Begegnungen (z.B. Tourismus, Schüler- und Studentenaustausch) lernen sich die Menschen beider Länder besser kennen. Dies fördert ein beidseitiges Verständnis, eine Instrumentalisierung gegenseitiger Stereotype durch populistische Parteien bleibt daher weitgehend aus. Ausdruck dieser besseren Verständigung sind Gespräche über ein deutsch-polnisches Geschichtsmuseum in Wrocław/Breslau. Zwar gelingt erst 2018 eine Einigung, da sich beide Seiten lange nicht auf eine einheitliche Darstellung der Vertreibungen der Deutschen aus den Ostgebieten und die Eigentumsverhältnisse der deutschen Kulturgüter einigen konnten. Dennoch ist man auf die Übereinkunft stolz – denn dies hätte man ein Jahrzehnt zuvor kaum für möglich gehalten.

Allerdings stellen anhaltende Debatten um den Haushalt der EU und die damit verbundene Verteilung der EU-Fördermittel im Jahr 2012 eine erneute Krise im europäischen Integrationsprozess dar. Um sich voll auf die innereuropäischen Konfliktpunkte konzentrieren und den Streit um die Finanzielle Vorausschau 2014–2020 für alle Beteiligten zufrieden stellend lösen zu können, werden die Verhandlungen über den EU-Beitritt der Türkei verschoben. Enttäuscht über die erneute Verzögerung reagiert die Türkei ihrerseits mit einem Abbruch der Beitrittsverhandlungen und einer diplomatischen Annäherung an die neu entstandene Pan-Arabische Union (PAU). Um sich gegenüber dieser neuen Macht an der Grenze Europas zu positionieren und sich über das spezifisch „Europäische“ der EU bewusst zu werden, rückt die Suche nach gemeinsamen Werten in den Vordergrund.

Im Gegensatz zu den Debatten Anfang des Jahrtausends spielen rückwärtsgerichtete Themen eine immer untergeordnetere Rolle. Die Einigung auf ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen demonstrierte doch allzu deutlich, dass mittlerweile auf beiden Seiten der Oder darin Einigkeit besteht, dass die Vertreibungen eine direkte Folge der deutschen Aggressionen und des Zweiten Weltkriegs waren. Die Mitgliederzahl des Bundes der Vertriebenen schrumpft altersbedingt. Die jungen Generationen sehen nur wenig Sinn darin, über die Probleme der Vergangenheit zu diskutieren, sondern wollen sich vielmehr aktuellen und sich ankündigenden Herausforderungen stellen. Jene globale Verschärfung der ideologisch-religiösen Spannungen, die immer mehr an Huntingtons polemisch klingenden Kampf der Kulturen erinnert, führt zu einer steigenden Zahl ethischer Kontroversen, die angesichts der rasanten Entwicklung im biotechnologischen Bereich einen vorläufigen Höhepunkt erreichen.

Der zwischen Deutschland und Polen gemeinsam erarbeitete Entwurf für ethische Richtlinien ist fortan Grundlage einer EU-weiten „Biocharta“. Eine wichtige Rolle spielen dabei sowohl die katholische Kirche in Polen als auch die Position der deutschen Eliten. Der gefundene Kompromiss wird als Zeichen der guten deutsch-polnischen Beziehungen betrachtet. Doch ein bitterer Nachgeschmack bleibt: Außerhalb Europas scheinen die religiösen Gegensätze immer mehr an Schärfe zu gewinnen.

Szenario 4: Hologramm Europa

Die bilateralen Beziehungen im Jahr 2020: Im Jahr 2020 hat sich Polen europapolitisch zu einem verlässlichen Partner entwickelt, ist wirtschaftlich stabil und politisch handlungsfähig. Die teilweise starken antipolnischen Strömungen im Zuge des Iran-Krieges 2011 haben sich durch die spätere pro-europäische Haltung Polens verflüchtigt. Deutsche Politiker drängen auf die Weiterentwicklung der Europäischen Union hin zu einem Bundesstaat. Polen hat sich nach einer Zeit dezidierter Europaskepsis und einer engeren Kooperation mit den USA für eine stärkere Einbindung innerhalb der EU entschieden.

Die Regierungen beider Länder forcieren vor allem wirtschaftliche Reformen, deren Erfolg den Wohlstand steigert. Die Arbeitsmigration von Polen nach Deutschland ist drastisch gesunken. Zudem verlor der direkte zwischenmenschliche Austausch auf-

grund der von polnischen und deutschen Wissenschaftlern gemeinsam entwickelten Hologrammtechnik rapide an Intensität. Diese einfache und jedem zugängliche Technik ermöglicht es, eine Person an einem beliebigen Ort auf der Welt virtuell erscheinen zu lassen, ohne dass diese den Raum verlässt.

Der Entwicklungsverlauf: Die nationalkonservative Regierung in Polen folgt in den Jahren nach 2006 ihrer ausgrenzenden und diskriminierenden Politik gegenüber sexuellen, weltanschaulichen und anderen Minderheiten. Es wird sogar diskutiert, diesen politische Grundrechte zu entziehen. Die EU sieht darin eine klare Abwendung vom gemeinsamen grundlegenden Wertekatalog sowie eine Verletzung demokratischer Werte. Sie beschließt deshalb, Polen vorerst diplomatisch zu isolieren – trotz der negativen Erfahrung mit den vergleichbaren Sanktionen gegen Österreich im Jahre 2000. Die pro-europäische Einstellung der polnischen Bevölkerung verhindert allerdings eine Eskalation des Konflikts, z.B. in Form eines Austritts Polens aus der EU. Als sich die USA kurz darauf, im Jahr 2008, entscheiden, das autoritäre Regime im Iran gewaltsam stürzen zu wollen und dafür militärische Partner in Europa suchen, entscheidet sich Polen für eine Kriegsbeteiligung an deren Seite. Polen sieht in diesem Engagement neue Perspektiven außerhalb Europas.

Im Irankrieg müssen die polnischen Truppen schwere Verluste hinnehmen und die Stimmung im Land wendet sich gegen die Politik der Regierung. Es bildet sich eine Antikriegsbewegung, aus der die neue soziale Partei „Pro-Europa“ (PE) hervorgeht. Bei den folgenden Parlamentswahlen verliert vor allem die Regierungspartei PiS ihre Mehrheit an die neue Kraft. Diese macht es sich zur Aufgabe, sich zum einen der Europäischen Union wieder anzunähern und zum anderen sich von der liberalen PO abzusetzen. Die Marginalisierung der populistischen Parteien LPR und Samoobrona führt dazu, dass die SLD und die PE eine Koalitionsregierung bilden können, die pro-europäisch eingestellt ist. Die Respektierung allgemein anerkannter Grundwerte steht für die neue Regierung außer Frage. Die Isolation Polens innerhalb der EU ist überwunden.

In Deutschland hat die Idee eines Kern-Europas im Zuge dieses Konfliktes an Attraktivität gewonnen. Die neue pro-europäische polnische Regierung bemüht sich daher um engen Schulterschluss mit Deutschland in Fragen der Europapolitik, um nicht in die Peripherie abzugleiten. Deutschland proklamiert darauf eine „Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks“. Als Grundlage für die neue gegenseitige Annäherung entscheidet man sich, die wissenschaftliche Zusammenarbeit als Zugpferd engerer Kooperation stärker zu fördern. 2009 wird deshalb ein deutsch-polnisches wissenschaftliches Projekt unterstützt, das sich mit der Entwicklung audio-visueller Kommunikationstechnologien beschäftigt. Ende 2010 wird schließlich eine Innovation präsentiert: Die so genannte Hologrammtechnik trägt zum intensiveren Austausch beider Nationen bei. Da durch dieses Begegnungsmedium auch Stereotype übereinander abgebaut werden und diese durch ein gegenseitiges Kennenlernen revidiert werden, beginnen sich auch die bilateralen Beziehungen schrittweise zu entspannen, sodass die EU-Ratspräsidentschaft Polens 2011 nicht in Frage gestellt wird. In dieser Position treibt Polen die europäische Integration erheblich voran, um seine neue Europapolitik mit substantiellen Entscheidungen zu bekräftigen. Im Gegenzug zeigt sich auch Deutschland in der Energiepolitik kompromissbereiter und stimmt ersten Schritten hin zu einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik zu. Im engen Schulterschluss mit Deutschland plädiert Polen für eine Europäische Verfassung, die schließlich 2017 von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert wird.

Mit Hilfe der Hologrammtechnik können internationale Konferenzen, Kulturveranstaltungen und selbst ein transnationaler Schulunterricht schnell und unkompliziert organisiert sowie private Kontakte aufrechterhalten und vertieft werden. Eine Umfrage des Eurobarometers im Jahr 2018 zeigt, dass sich große Teile der Bevölkerung der EU mit europäischen Werten identifizieren und sich als europäische Bürger fühlen. Ähnlich wie noch wenige Jahre zuvor über die Vor- und Nachteile des Internets diskutiert wurde, stehen nun häufig auch die negativen Folgen der Innovation zur Debatte: der Mangel an Bewegung. Aus Trägheit verzichten viele Menschen auch auf kurze Wege. Während Life-Style-Magazine die steigende Fettleibigkeit der Europäer thematisieren, beklagt die Touristikbranche einen rapiden Rückgang der Reisenden. Deutsche und Polen können sich häufiger sehen, doch ein Besuch des anderen Landes wird immer seltener.